Nr. 9 Kamen, Mittwoch, den 21. Januar 1914. 32. Jahrg.

Märkische Zeitung

Erscheint Montags, Mittwochs und Freitags / Abonnementspreis einschließl. des wöchentl. einmal beigegebenen illustr. Unterhaltungsblattes vierteljährlich 1 Mark

Druck und Verlag von W. Felling in Kamen

Insertionspreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum kostet 10 Pfennig / Reklamen 30 Pfennig die Zeile / Inserate werden tags vor dem Erscheinen erbeten

Verantwortlicher Redakteur: W. Felling in Kamen

Amtliches Publikations-Organ für die Stadt Kamen / Zugleich Öffentlicher Anzeiger für den Kreis Hamm

Telefon Nr. 200 · Haupt-Annoncenblatt für Kamen und Umgegend · Telefon Nr. 200

Die Erste elsaß-lothringische Kammer über die Zaberner Vorgänge.

Wie vor etwa acht Tagen die Zweite, so sprach sich am Montag die Erste Abgeordnetenkammer der Reichslande sehr entschieden gegen die Haltung der Militärbehörden in der Zaberner Affäre aus.

Der evangelische Konsistorialpräsident Dr. Curtius begründete zunächst folgende Interpellation:

Was gedenkt der Herr Statthalter zu tun, um dem Lande die Sicherheit zu verschaffen, daß die Inhaber militärischer Kommandogewalt in Elsaß-Lothringen sich in Zukunft innerhalb der gesetzlichen Schranken ihrer Befugnisse halten?

Dann gab der Staatssekretär Frhr. Zorn von Bulach die Erklärung ab, daß die Regierung in der Zweiten Kammer ihren Standpunkt bereits klar gekennzeichnet habe; inzwischen habe auch die Reichsregierung, nachdem die Kriegsgerichtsurteile rechtskräftig geworden seien, zur Frage von Zabern Stellung genommen und zwar in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 15. Januar. Nachdem er diese Kundgebung verlesen hatte, erklärte der Staatssekretär, die Regierung sei der Ansicht, daß durch die Nachprüfung der Dienstvorschrift von 1899 (in der Teile der Kabinettsorder betr. den Waffengebrauch des Militärs verwertet sind) eine vollständig klare Rechtslage geschaffen werde.

Aus der Mitte des Hauses wurde nun folgende Resolution eingebracht:

Die Erste Kammer beklagt auf das Tiefste die Vorkommnisse in Zabern, welche geeignet sind, ein völlig falsches Bild der elsaß-lothringischen Bevölkerung und ganz besonders des Verhältnisses zwischen dem Militär und der Landesbevölkerung hervorzurufen. Ohne irgendwie die in Zabern von Zivilpersonen begangenen Ausschreitungen und das die Aufregung der Bevölkerung nährende Verhalten einzelner Presseorgane zu entschuldigen, ist sie der Ansicht, daß die bedauerlichen Vorgänge vermieden worden wären, wenn das unwürdige, die Bevölkerung verletzende und herausfordernde Benehmen eines jungen Offiziers seitens seiner Vorgesetzten sofort die entsprechende Remedur erhalten und letztere bekanntgegeben worden wäre. Sie ist ferner der Ansicht, daß der militärische Befehlshaber, auch wenn er sich zum selbständigen Eingreifen befugt erachtete, jedenfalls bei der in maßloser, das rechtliche Empfinden verletzender Weise erfolgten Ausführung sich schwere Ueberschreitungen seiner Befugnisse hat zuschulden kommen lassen. Sie ist endlich der Ansicht, daß gegen die Wiederholung solcher Vorgänge eine sichere Garantie gegeben werden muß, insbesondere auch dafür, daß die in Elsaß-Lothringen zu Recht bestehende Gesetzgebung von den in Elsaß-Lothringen garnisonierenden Militärbehörden genau beachtet wird. Die Kammer ersucht die Regierung, an maßgebender Stelle eine Entscheidung in diesem Sinne herbeizuführen.

Diese Resolution, die die Unterschriften von 18 Abgeordneten trägt, darunter die Namen Dr. Back, Dr. Curtius, Dr. Schwander, Dr. Vonderscheer und Freiherr Dr. Zorn von Bulach, wurde mit 33 Stimmen gegen drei Stimmen, derjenigen des Präsidenten der Reichseisenbahnen Fritsch, des Professors Laband und des Generals von Moßner angenommen. Justizrat Dr. Ruland und der Präsident des Oberlandesgerichts Dr. Molitor hatten sich der Abstimmung enthalten.

Aus der

Debatte über die Interpellation

seien hier die Hauptmomente hervorgehoben. Der Interpellant Dr. Curtius führte aus, der preußische Staatsgedanke sei nicht identisch mit Säbelherrschaft. Die ganze Kette der Ereignisse betrachte er als eine Einheit, aus der sich auf das Bestreben der Militärverwaltung schließen lasse, der Politik in Elsaß-Lothringen eine andere Wendung zu geben. Im Interesse der Ruhe und Ordnung habe man es für selbstverständlich gehalten, daß Leutnant Freiherr von Forstner aus Zabern entfernt wurde. Das Uebelwollen und das Mißtrauen gegen die reichsländische Bevölkerung komme daher, daß man die Bevölkerung und die Politik der Regierung nicht verstehe. Nirgend im Lande sei eine feindselige Gesinnung gegen die Armee vorhanden. Der französische Einschlag in der Kultur Elsaß-Lothringens lasse sich nicht wie ein Strich von der Schiefertafel wegwischen. Das demokratische Elsaß-Lothringen werde daher niemals den Beifall des preußischen Herrenhauses finden. Während viele Leute ihre Mission darin erblickten, zwischen den beiden Völkern zu vermitteln, führe ein Teil der Offiziere bei jeder Gelegenheit das Wort von einem nahe bevorstehenden Kriege mit Frankreich im Munde. Die Landespolitik werde durch die nationale Aufgabe und den Charakter der Bevölkerung bestimmt.

Der Staatsrechtslehrer an der Straßburger Universität, Professor Dr. Laband, machte längere juristische Ausführungen, um nachzuweisen, daß die Kabinettsorder von 1820 durchaus nicht gegen das Gesetz verstoße und völlig klar sei; allerdings sei es eine andere Frage, ob Oberst von Reuter diese Kabinettsorder richtig und mit Umsicht angewendet habe.

General von Moßner nahm das Militär in Schutz und sagte, daß die Verfehlung eines 22jährigen Leutnants einen Volksstamm nicht beleidigen könnte; Angriffe aber gegen die Militärrichter müßten entschieden zurückgewiesen werden.

Gegen die Ausführungen des Professors Laband polemisierte der Straßburger Bürgermeister Dr. Schwander und meinte, der Oberst von Reuter hätte sich mit der Zivilverwaltung mehr in Kontakt halten sollen. Es sei unglaublich, daß ein Offizier allein dafür maßgebend sein solle, ob die bewaffnete Macht einzuschreiten habe.

Auf eine Anfrage des Abg. Blumenthal erklärte Frh. Zorn von Bulach, der Statthalter werde sich das ihm von der Verfassung garantierte Recht, die Bevollmächtigten zum Bundesrate zu ernennen und zu instruieren, nicht nehmen lassen.

Schließlich sei noch bemerkt, daß die obige Resolution von dem Bruder des Staatssekretärs, Weihbischof Zorn von Bulach, dem evangelischen Konsistorialpräsidenten Dr. Curtius, dem Straßburger Bürgermeister Dr. Schwander und dem früheren Unterstaatssekretär Dr. Back beantragt worden war.

Deutsches Reich.

Handelsminister Sydow über die Arbeitslosigkeit. Im Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes hielt der preußische Handelsminister dieser Tage eine längere Rede über die wirtschaftliche Konjunktur Deutschlands und kam dabei auch auf die Arbeitslosigkeit zu sprechen, indem er feststellte, daß diese nach den aus den verschiedenen Landesteilen vorliegenden Berichten nicht allgemeiner, sondern nur lokaler Natur sei. In Ost- und Westpreußen sowie in Schlesien könne von Arbeitslosigkeit keine Rede sein, in Schlesien viel eher von Arbeitermangel; in Rheinland und Westfalen sei ebenfalls Bedarf an Arbeitskräften vorhanden; anders allerdings in Mitteldeutschland, wo sich eine Arbeitslosigkeit nicht leugnen lasse; aber sie trete namentlich in größeren Zentren auf, wo die Bevölkerung reichlich zusammenströmt, wie insbesondere in Berlin. Im ganzen lasse sich sagen, daß in Deutschland im vorigen Jahre mehr Arbeitsgelegenheit als Arbeiter vorhanden war; es werde daher eine bessere Verteilung der Arbeitskräfte anzustreben sein.

Ein bayrischer Einspruch zum Preußentage. Die „Bayrische Staatszeitung" bringt zu den Verhandlungen des Preußentages eine hochoffiziöse Verlautbarung, in welcher gegen die Aeußerungen Stellung genommen wird, die nach einer den Blättern aus Berlin zugegangenen Korrespondenz Generalleutnant von Kracht-Dessau gelegentlich des am 18. dieses Monats in Berlin abgehaltenen Preußentages über eine angeblich selbst erlebte Episode aus der Schlacht bei Orléans im Jahre 1870 getan haben soll, wo die Bayern „sich vor dem französischen Feuer zurückgezogen, die Preußen aber flott angegriffen hätten". Die Staatszeitung bemerkt, es sei nach den bisher vorliegenden Berichten nicht ersichtlich, welchen Abschnitt der Schlacht bei Orléans Herr von Kracht im Auge gehabt habe, erhebt aber schon jetzt Einspruch gegen die Art und Weise, in der das Verhalten verschiedener Truppenteile der verbündeten Armeen gegeneinander ausgespielt werde, um so mehr, als gerade in den Kämpfen in und um Orléans die bayrische Armee unter den schwersten Verlusten sich heldenmütig geschlagen und mit unvergänglichem Ruhm bedeckt habe. Die Freude an den gemeinsamen großen Erinnerungen, die Preußen und Bayern aus den Jahren 1870/71 verbänden, werde durch solche Entgleisungen eines Einzelnen ja nicht beeinträchtigt werden können, immerhin aber seien sie auf das Lebhafteste zu bedauern.

Die „Deutsche Tageszeitung" stellt die Worte des Generals, die in Süddeutschland großen Anstoß erregt haben, dahin richtig, daß von Kracht in Wirklichkeit erzählt habe, ein bayrisches Bataillon sei in so schwere Bedrängnis geraten, daß es Deckung suchen mußte, und daß jeder Soldat, der auch nur den Kopf erhob, sofort dem überlegenen feindlichen Feuer zum Opfer fiel; aus dieser Lage sei die bayrische Abteilung durch vier preußische Bataillone befreit worden. Daß der Mut der Bayern in keiner Weise dadurch herabgesetzt erscheinen könne, daß sie nicht dasselbe leisten können wie eine viermal stärkere preußische Abteilung, sei wohl klar.

Das Echo des Preußentages in der Zweiten bayrischen Kammer. Nachdem bei der Beratung des Militäretats am Dienstag mehrere Abgeordnete gegen die Aeußerung des Generals von Kracht entschieden protestiert hatten, erklärte der Kriegsminister Frh. von Kreß unter allseitigem Beifall im ganzen Hause, daß, wenn die Nachricht sich nicht als tendenziös erweisen sollte, eine „so unerhörte Aeußerung nicht scharf genug gebrandmarkt werden" könnte; er müsse sie dann aufs tiefste bedauern, da sie aus dem Munde eines hohen Offiziers käme, und einen derartigen Anwurf auf das entschiedenste zurückweisen

Der Generalpardon beim einmaligen Wehrbeitrage. Da von einzelnen Behörden Versuche auszugehen scheinen, der Bestimmung des Wehrbeitrags-Gesetzes über den Generalpardon eine engere Auslegung zu geben, sind die Ausführungen des Reichsschatzsekretärs Kühn im Reichstage von Wichtigkeit; nach dem authentischen Bericht sagte der höchste Finanzbeamte des Reiches u. a.:

Wenn es in § 69 des Gesetzes heißt, daß der Beitragspflichtige von Strafe und von der Verpflichtung zur Nachzahlung der Steuer für frühere Jahre freibleiben soll, so lege ich die Vorschrift — und ich glaube da im Einverständnis mit den Bundesregierungen zu sein — so aus, daß von einer Strafe überhaupt abgesehen werden soll. Die Worte „für frühere Jahre" beziehen sich nur auf die Verpflichtung zur Nachzahlung der Steuer. Selbstverständlich kann, wenn z. B. in Preußen, von dem hier die Rede war, der Beitragspflichtige gemäß § 36 des Wehrbeitragsgesetzes ein höheres Vermögen angibt, als es früher von dem Betreffenden angegeben oder von der Behörde geschätzt war, diese Deklaration jetzt bei der Veranlagung der preußischen Landessteuer mit zugrunde gelegt werden .... Ich nehme aber weiter an, daß das nur für die neue Veranlagung, für das Steuerjahr 1914 gilt, und daß in Preußen eine Nachveranlagung für das Steuerjahr 1913 nicht etwa aus dem Grunde zugelassen wird, weil die berichtigenden Angaben über Vermögen und Einkommen im Januar oder Februar 1914, also noch im Steuerjahr 1913, gemacht werden.

Wenn von den einzelnen Behörden eine abweichende Auffassung vertreten wird, so kann nur gebeten werden, daß für eine Aufklärung der Steuerpflichtigen Sorge getragen und daß im gegebenen Falle eine Entscheidung im geordneten Instanzenzug herbeigeführt wird, soweit eine endgültige Entscheidung im Verwaltungswege überhaupt getroffen werden kann.

Für Preußen kann nach diesen Ausführungen von der Möglichkeit, daß von einzelnen Behörden hinsichtlich des Generalpardons eine abweichende Auffassung vertreten wird, keine Rede sein; aber es wäre dringend zu wünschen, daß auch in anderen Bundesstaaten von engeren Auslegungen des Generalpardon-Begriffes Abstand genommen werde.

Von den Ergebnissen der letzten Konferenz im Reichpostamt ist wohl das beachtenswerteste die geplante Einführung von Postkreditbriefen. Diese werden in Form eines Heftchens in der Größe von 12½ zu 8½ Zentimeter ausgestellt, das 10 Quittungsformulare für die Abhebung von Teilbeträgen enthält; sie können auf alle durch 50 teilbare Summen bis 3000 ℳ lauten. Die Gültigkeitsdauer beträgt 4 Monate. Die Ausfertigung der Postkreditbriefe wird den Postscheckämtern übertragen. Bestellungen nimmt außer diesen jede Postanstalt entgegen. Als Gebühren sind in Aussicht genommen: 1. für die mit Zahlkarte zu leistende Bareinzahlung oder für die Ueberweisung von einem Postscheckkonto die nach der Postscheckordnung festgesetzten Gebühren: 2. eine Ausfertigungsgebühr von 50 Pfennig; 3. für jede Rückzahlung a) eine Gebühr von 5 ℳ, b) eine Steigerungsgebühr von 5 Pfennig für je 100 ℳ oder Teile davon. — Die Einführung der Postkreditbriefe durch eine Ergänzung der Reichspostordnung ist von der Zustimmung des Bundesrates zu den in Aussicht genommenen Gebühren abhängig, deren Einholung die Reichspostverwaltung in Aussicht stellt.

Deutscher Reichstag.

195. Sitzung. § Berlin, 20. Januar 1914.

Die heutige Reichstagssitzung begann mit einer kurzen Anfrage von grundsätzlicher Bedeutung. Herr Erzberger fragte, wie das Verbot der Vereinigung Berliner Schutzmänner durch den Polizeipräsidenten sich mit der Koalitionsfreiheit vertrage. Die Antwort, daß es sich um eine Frage des Beamtenrechts und nicht des Vereinsrechts handle, und daß daher kein Anlaß zum Einschreiten vorliege, dürfte denn doch einiges Befremden hervorrufen, da die Regierung seinerzeit selbst anerkannt hat, daß auch die Beamten Vereinsfreiheit genießen sollen, und da es sich vor allem hier um einen unpolitischen Verein handelt, der im wesentlichen geselligen Zwecken dient und die Pflege königstreuer Gesinnung ausdrücklich auf seine Fahne geschrieben hat. Zweifellos ist in dieser Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen. — Darauf wurde in dem fast leeren Hause die Etatsdebatte mit einer langatmigen Rede des Sozialdemokraten Krätzig fortgesetzt. Den würdigen Mittelpunkt der Verhandlungen bildete eine hervorragende Rede des Staatssekretärs Dr. Delbrück. Die Feststellung, daß die sozialpolitische Versicherung zurzeit zu einem gewissen Abschluß gekommen sei, löste bei den Sozialdemokraten in einem Zwischenrufe aufs neue die Frage nach der Arbeitslosenversicherung aus, trotzdem die Regierungen ihren Standpunkt nun gewiß schon oft genug bekanntgegeben haben. Immerhin dürfte das ablehnende Votum der Regierungen auf diesem Gebiete nicht so klar liegen, wie die Tatsache, daß die gesetzliche Regelung des Tarifrechts in der Tat von der immer noch nicht durchgeführten Rechtsfähigkeit der Berufsvereine abhängig ist. Auch darin darf man dem Staatssekretär beipflichten, daß ein Reichseinigungsamt ohne Verhandlungszwang keine besondere Bedeutung hätte. Die Berufung von Schiedsgerichten als Ersatzmittel für die versagende Gesetzgebung hat sich bewährt. Den stärksten Eindruck machten die Schlußworte der anderthalbstündigen Rede, die Betonung, daß an unserer bewährten Wirtschaftspolitik auch in den neuen Handelsverträgen nicht gerüttelt werden solle, daß der Zolltarif den Bedürfnissen unserer Volkswirtschaft entspreche, daß von deutscher Seite keine Novelle zum Zolltarif zu erwarten sei, und daß Deutschland seine Interessen nachdrücklich verteidigen werde, falls ihm der Tarif vom Auslande gekündigt werden sollte. — Der Zentrumsredner Chrysant fand mit seinen mittelstandspolitischen Darlegungen selbst in der gewiß mittelstandsfreundlichen Mehrheit des Hauses nur eine kleine Schar aufmerksamer Zuhörer.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung. × Berlin, 20. Januar 1914.

Im Abgeordnetenhause bedurfte es heute zur Erledigung der ersten Punkte der Tagesordnung nur einer kurzen Debatte. Nachdem der Entwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Danzig der Gemeindekommission überwiesen war, wurde der Entwurf über die Zuständigkeit der Gerichtsschreiber der Amtsgerichte für die öffentliche Beglaubigung einer Unterschrift in dritter Lesung angenommen. Sodann setzte das Haus seine wirtschaftspolitische Aussprache beim Landwirtschaftsetat fort. Der erste Redner, der Pole von Mo-

rawski, der auf der Tribüne beinahe völlig unverständlich blieb, begann bei der Landarbeiterfrage, ging über zur Maul- und Klauenseuche, um schließlich, wie üblich, in allgemein polnischen Klagen über Zurücksetzung seiner Landsleute zu enden. Ruhig und leidenschaftslos hielt dann der Abgeordnete Hoesch eine mit Beifall aufgenommene und sympathisch berührende Jungfernrede. Wenn man Deutschland, so betonte er, den nötigen Zoll- und Seuchenschutz gewähre, dann sei es imstande, den heimischen Fleischkonsum zu decken; denn die Schweinefleischerzeugung könne ins Unbegrenzte gesteigert werden, wenn nur den kleinen Landwirten die Grundlage für einen einigermaßen geregelten Absatz geschaffen werde. Herr Hösch bekannte sich zur Notwendigkeit der inneren Kolonisation, die die Frage des Jahrhunderts sei. In klaren Ausführungen sprach dann Herr Schifferer für die Nationalliberalen. Seine ganze Rede war ein mit guten Gründen belegtes Bekenntnis zur Schutzzollpolitik. Die Sitzung schloß mit einer Rede des Abgeordneten Böhme (Bbd.), der gegen seine früheren konservativen Freunde für eine kräftige innere Kolonisation eintrat.

Kleine politische Nachrichten.

Das braunschweigische Staatsministerium verlängerte die Frist für die Vermögenserklärung zum Wehrbeitrag bis 31. Januar.

Der König von Bayern verlieh dem Kardinalstaatssekretär Mery del Val die höchste bayrische Auszeichnung, den Hausritterorden vom heiligen Hubertus.

In den Redaktionen der Jenaer Zeitungen wurden Haussuchungen abgehalten, um die Urheberschaft von Veröffentlichungen über den bisher von der Regierung streng geheim gehaltenen Entwurf einer neuen Gemeindeordnung festzustellen.

Zur Wiederaufnahme der deutsch-französischen Verhandlungen über die kleinasiatischeu Eisenbahnfragen treffen die Vertreter der französischen Regierung im Laufe dieser Woche in Berlin ein.

Der englische Ministerpräsident Asquith kehrte aus Nizza, wo er sich zur Erholung aufhielt, wegen dringender Staatsgeschäfte nach London zurück.

Die Türkei versicherte sich eines weiteren auf einer amerikanischen Werft seiner Vollendung entgegengehenden, für Rechnung Argentiniens gebauten Dreadnoughts, der den Namen „Mahmud Fathi“ (Der Eroberer) führen wird.

Der erst kürzlich zum Major ernannte sächsische Rittmeister Kirsten wurde mit Genehmigung des Kaisers und des Königs von Sachsen als Mitglied der deutschen Militärmission nach Konstantinopel berufen und durch Irade des Sultans zum Oberstleutnant befördert; es wurde ihm das Kommando des 1. türkischen Kavallerieregiments übertragen.

Präsident Huerta befahl dem mexikanischen Finanzminister de la Lama, der sich gegenwärtig in Europa befindet, nach Mexiko zurückzukehren und ihm persönlich Bericht zu erstatten.

Konferenz der preußischen Handwerkskammern.

Die preußischen Handwerkskammern hielten am Montag in den Räumen der Berliner Handwerkskammer unter dem Vorsitz des Ehrenobermeisters Rahardt eine außerordentliche Konferenz ab. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung,

„Gewerbliche Regiearbeit in Staat und Gemeinde“

erstattete der Syndikus der Handwerkskammer Wiesbaden Schröder den Bericht. Der Redner wies in kurzen Worten auf den schädigenden Einfluß der Regie in Staat und Gemeinde hin und legte in Uebereinstimmung mit der Handwerkskammer Berlin folgende Resolution vor:

„1. Da Regiebetriebe in erster Linie nach Maßgabe des Gemeinwohls zu verwalten sind, darf man von ihnen erwarten, daß sie nicht in gewinnsüchtiger Absicht Produktionsgebiete des freien Gewerbes an sich reißen und den freien Gewerbetreibenden — ihren eigenen Bürgern und Steuerzahlern — Konkurrenz machen oder gar deren Existenz ruinieren. Insbesondere darf man von den Kommunen und ihren Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken verlangen, daß sie bei dem Betriebe eines Produktions- oder Installationsgewerbes nicht über den Rahmen der durch die gemeinnützigen Zwecke der Unternehmen gebotenen Produktions- und Installationstätigkeit hinausgehen und mit ihren eigenen steuerzahlenden Bürgern bei der Installation privater Beleuchtungs- und Bewässerungsanlagen oder durch den öffentlichen Handel mit dabei benötigten Gegenständen nicht in ungerechten Wettbewerb treten. Als besonders verwerflich aber muß man es bezeichnen, wenn Gemeinden im Widerspruch mit der gesetzlich allen Bürgern garantierten Gewerbefreiheit und zumeist in der Absicht, die Installationsaufträge ihren Bürgern zu sichern, den ortsansässigen Handwerkern vor der Zulassung zu den Installationsarbeiten sehr hohe Kautionen, oft viele hunderte von Mark, abfordern.

2. Die preußischen Handwerkskammern bitten den Herrn Minister auf dem Gebiete der gemeindlichen Regiebetriebe die Aufsichtsbehörden der Gemeinden erneut zur Nachprüfung anzuregen, ob und inwieweit die Ausdehnung der Gemeindebetriebe auf die Produktion und Installationsgewerbe sowie den Handel mit Beleuchtungskörpern den Aufgaben der Gemeinde gegenüber ihren eigenen Bürgern entspricht und inwieweit die Gewerbefreiheit durch Abforderung hoher Geldleistungen vor der Zulassung der Installationsarbeit verletzt wird.“

Auf das Referat folgte eine Diskussion. Landtagsabgeordneter Ehlers trat dem Redner bei und führte aus, daß die Kommunen oft mit allen möglichen Gegenständen einen schwunghaften Handel treiben und enorme Reklame dafür machen. Es wird genügen, die Sache einmal an die große Glocke zu hängen und an die Oeffentlichkeit zu appellieren; das allein wird schon helfen. — Handwerkskammersyndikus Heinzig-Berlin: Wir erheben keinen Einspruch dagegen, wenn die Gemeinden gewisse Betriebe, wie Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, in eigener Regie übernehmen. Aber wenn die Gemeinden im Anschluß daran dazu übergehen, ganze Gewerbe an sich zu reißen, so entspricht das nicht der Aufgabe, die die Gemeinden gegenüber dem Gemeinwohl haben. Es entspricht nicht dem Interesse des Gemeinwohls, die Zahl der unselbständigen Arbeiter zuungunsten der selbständigen Arbeiter zu vermehren. — Obermeister Plate-Hannover: Die Aktiengesellschaften, die Gas- und Elektrizitätswerke betreiben, sind meiner Ansicht nach nicht so schlimme Feinde des Handwerks wie die Stadtverwaltungen, obwohl die Aktiengesellschaften darauf bedacht sein müssen, möglichst hohe Dividenden herauszuwirtschaften, während bei den Stadtverwaltungen sogar Defizite vorkommen können, die schließlich doch durch die Steuern der Allgemeinheit gedeckt werden. Trotzdem sind die Aktiengesellschaften bei der Frage der Installation viel zugänglicher als die Stadtverwaltungen. — Die Resolution wurde sodann angenommen.

Hierauf referierte der Vorsitzende der Handelskammer Köln, Figge, über

„Gefängnisarbeit“,

wobei er folgende Resolution vorlegt:

„Die preußischen Handwerkskammern stellen im Verfolg der Wünsche, welche die aus dem Handwerk gewählten Gefängnisbeiräte geäußert haben, an den Justizminister und den Minister des Innern die Bitte, eine statistische Zusammenstellung über die Beschäftigungsweise und die Produktionswerte der Gefangenenarbeit sowie die gemachten Erfahrungen herauszugeben, ferner über den Umfang motorischer Kraft in den Gefangenenwerkstätten, die Anleitung von Gefangenen zu handwerksmäßigen Betrieben, ferner Auskunft zu erteilen, in welchem Umfang die durch die Wehrvorlage nötigen Arbeiten durch Gefangenenanstalten besorgt werden und schließlich, daß das freie Handwerk bei den Lieferungen für Heer und Marine mehr als bisher berücksichtigt werden möge.“ — Die Resolution wurde angenommen.

Generalsekretär Dr. Meusch brachte noch einige Wünsche der Handwerker zum Kommunalabgabengesetz vor, worauf der Vorsitzende der Handwerkskammer Arnsberg, Boos-Iserlohn, über den

„Entwurf zum preußischen Wohnungsgesetz“

sprach. Die Gründe für den Gesetzentwurf seien so schwerwiegend, daß alle von der Notwendigkeit der Einführung eines Wohnungsgesetzentwurfes überzeugt seien. Nur die Stadtverwaltungen seien gegen ihn Sturm gelaufen und hätten ihn als unannehmbar bezeichnet, weil er ihre Selbstverwaltungsrechte beschneide. Diese Einwendungen sind aber unberechtigt, da der Entwurf den Städten ihr Selbstverwaltungsrecht keineswegs nimmt, sondern nur die staatliche Aufsicht stärkt, die dringend nötig ist, um der Willkür städtischer Behörden vorzubeugen. Er wird auch den berechtigten Interessen der Grundbesitzer gerecht, die in dem Fluchtliniengesetz durch das sogenannte Bauverbot eine über das gerechte Maß hinausgehende Schmälerung erfahren haben. Der Redner ging dann auf Einzelheiten des Gesetzentwurfes ein und resümierte dahin, daß man an dem Gesetzentwuf manches noch ergänzen und klarstellen müsse, daß man aber im großen ganzen die Bedingungen, durch die die Regierung die wichtigen Bestimmungen der Wohnungsfrage lösen will, als weitblickend und treffend anerkennen kann. — Hierauf wurde die Konferenz durch den Vorsitzenden geschlossen.

Aus Groß-Berlin.

Rudolf Genée †. In seiner Wohnung zu Charlottenburg verstarb am Montag nach längerer Krankheit der bekannte Schriftsteller Professor Dr. Rudolf Genée im 90. Lebensjahre. Genée, ein Bruder des Komponisten Richard Genée, hatte vor einiger Zeit einen Schlaganfall erlitten, an dessen Folgen er nunmehr verschieden ist. Der Verstorbene war ein Schauspielerkind, und zwar gehörten beide Eltern dem Schauspielerberufe an. Geboren wurde Rudolf Genée 1824 in Berlin. Er widmete sich zunächst der Holzschneidekunst, ging dann aber zum Schriftstellerberufe über, war Redakteur an einigen Zeitungen und verfaßte auch einige Schauspiele. Sein Hauptverdienst erwarb er sich durch seine Shakespeare- und Kleistforschung. Außerdem schrieb er, der einer der besten Kenner des deutschen Theaterwesens war, die geradezu populär gewordene Schrift: „Lehr- und Wanderjahre des deutschen Schauspiels“ und die Hundertjahrgeschichte des Berliner Königlichen Schauspielhauses.

Brandmeister Grabow †. Brandmeister Grabow, der bei dem Großfeuer auf dem Lehrter Güterbahnhof durch abstürzendes Mauerwerk schwer verwundet wurde, ist in der Nacht zu Dienstag im Augustahospital seinen Verletzungen erlegen. Am Montag gedachte ihn die Kaiserin zu besuchen, doch war es ihr nicht möglich, den Verletzten zu sehen, da die Aerzte wegen des Zustandes des Patienten davon abrieten. Die Kaiserin drückte darauf der zufällig anwesenden Gattin Grabows ihr innigstes Mitgefühl aus und überreichte ihr einen Orchideenstrauß, den sie ursprünglich Grabow selbst zugedacht hatte.

Berlin und die Olympischen Spiele. Der Berliner Magistrat hat beschlossen, für die Veranstaltung der Olympischen Spiele im Jahre 1916 in Berlin einen Zuschuß von 50 000 ℳ zu bewilligen.

Aus dem Reiche.

Zur Flandersbacher Mordaffäre. Bekanntlich wird seit einiger Zeit mit Nachdruck das Wiederaufnahmeverfahren gegen Frau Hamm betrieben, die wegen angeblicher Ermordung ihres Mannes, des Landwirtes Hamm, vermutlich unschuldig eine längere Zuchthausstrafe zu verbüßen hat. Vor einigen Tagen wurden nun die Arbeiter Imkamp und Kielhorn verhaftet, weil sie verdächtig sind, Hamm ermordet zu haben. Imkamp, ein schon mehrfach vorbestrafter Einbrecher, arbeitete zur Zeit der Tat als Knecht auf einem Nachbarhof des Hammschen Anwesens und stellte sich wenige Tage später, als er eine Vorladung in Sachen Hamm erhalten hatte, im Zuchthaus Celle, aus dem er ausgebrochen war. So glaubte er wohl am sichersten vor jeder Verfolgung zu sein. Den eifrigen Bemühungen eines Berliner Anwaltes und zweier Kriminalkommissare (eines Berliner und eines Elberfelder) gelang es nicht nur, die Spur des Imkamp zu entdecken, sondern auch nachzuweisen, daß gerade Einbrüche wie der bei Hamm (mit dem Sprung aus dem Fenster) seine „Spezialität“ waren; außerdem wurde eine Menge anderen belastenden Materials gegen ihn herbeigeschafft. Augenscheinlich hatte er aber Komplicen bei der Tat, wahrscheinlich den inzwischen verstorbenen Arbeiter Haberkorn, einen oftmals vorbestraften Säufer, der bei Hamm als Gelegenheitsarbeiter damals eingestellt war, und den jugendlichen Arbeiter Kielhorn, der nunmehr auch verhaftet ist. Im Interesse der Frau Hamm wäre es zu wünschen, daß es gelänge, endlich die wirklichen Mörder zu entlarven.

Mord an einer Milchhändlerin. In Wiesbaden wurde die 45 Jahre alte Milchhändlerin Frau Schweizer erwürgt aufgefunden. Um die Spuren des Verbrechens zu beseitigen, hatte der Mörder die Leiche aufgehängt. Der Täterschaft verdächtig ist ein junger Bursche, den die Eheleute Schweizer vor einigen Tagen, ohne seinen Namen zu kennen, in Logis genommen hatten, und der seither verschwunden ist.

Tragödien auf dem Eise. Beim Eislaufen auf der sogenannten Alten Ruhr, einem toten Flußarm bei Essen, brach der zwölfjährige Sohn eines Essener Metzgermeisters ein. Einer von den Gesellen, der dem Sohne seines Meisters nacheilte, brach ebenfalls ein. Beide gerieten unter das Eis und ertranken. — Auf einem Teich bei Gladbach durchbrachen, ebenfalls beim Schlittschuhlaufen, die beiden zwölf- und dreizehnjährigen Söhne eines Schmiedemeisters das Eis. Ein achtzehnjähriger Landwirtssohn suchte beide zu retten. Alle drei sanken jedoch unter die Eisdecke und fanden durch Ertrinken den Tod.

Unstimmigkeiten in einer Heilanstalt. In der Pflege- und Erholungsstätte für Lungenkranke in Sandbach im Odenwald setzten die 90 Insassen der Anstalt einen eintägigen Hungerstreik in Szene, nachdem eine Beschwerde über schlechte Behandlung keinen Erfolg gehabt hatte. Nachdem den Führern der Bewegung der längere Aufenthalt in der Anstalt verboten worden war, haben sämtliche Insassen die Heilanstalt verlassen. Die Angelegenheit soll im hessischen Landtage zur Sprache gebracht werden.

Kurze Inlands-Chronik.

Die Polizei in Kattowitz (Oberschlesien) verhaftete drei russische Mädchenhändler und eine Helfershelferin, die über die Grenze geflüchtet waren, nachdem ihnen in Sosnowice ein Transport junger Mädchen durch die dortige Polizei abgenommen worden war.

Auf der Strecke Stendal—Hannover wurde der Schaffner Karl Wetter tot aufgefunden. Er ist vermutlich während der Fahrt abgestürzt.

Eine jungverheiratete Frau in Eckersdorf, die sich in gesegneten Umständen befand, wurde am Brunnen vor ihrem Hause erfroren aufgefunden. Die Bedauernswerte scheint von einer Ohnmacht befallen worden zu sein und vermochte sich dann nicht mehr ins Haus zu schleppen.

Eine neunköpfige Wildererbande wurde bei Prien im bayrischen Chiemgau festgenommen. Die Burschen trieben das Wildern gewerbsmäßig; weitere Verhaftungen in derselben Sache dürften noch bevorstehen.

Bei einer Pontonübung des Pionierbataillons Nr. 11 in Hannoversch-Münden bei Kassel schlug ein Ponton, das zu Wasser gelassen werden sollte, um und fiel auf mehrere Soldaten. Zwei Pioniere erlitten schwere Verletzungen und mußten nach dem Garnisonlazarett gebracht werden.

Bei einer Uebung der Maschinengewehrkompagnie des 29. Regiments in Trier gingen die Pferde eines Maschinengewehres durch. Drei Soldaten stürzten ab und erlitten schwere Verletzungen.

Stadtverordnetensitzung in Kamen.

Der am Montag stattgefundenen Stadtverordnetensitzung wohnten 17 Mitglieder des Kollegiums und Herr Beigeordneter Möllenhoff als Vertreter des Magistrats bei; außerdem war Herr Stadtbaumeister Kemna anwesend.

Nach Eröffnung der Verhandlungen durch Herrn Betriebsdirektor Hußmann vollzog Herr Beigeordneter Möllenhoff die Einführung der neu- bezw. wiedergewählten Stadtverordneten. Es waren dies die Herren: Fahrhauer Hefermann, Sekretär E. Budde, Kaufmann E. A. Hofius, Kaufmann J. Lifmann, Betriebsdirektor A. Hußmann und Schießmeister L. Döring. Herr Beigeordneter Möllenhoff hieß die Genannten herzlich willkommen und verpflichtete sie unter Hinweis auf die in der Städteordnung niedergelegten Rechte und Pflichten eines Stadtverordneten durch Handschlag, zum Schluß den Wunsch aussprechend, daß die Mitarbeit der Genannten der Stadt zum Segen gereichen möge.

Es folgten nunmehr verschiedene Wahlen, wobei gewählt wurden die Herren: Betriebsdirektor Hußmann zum Stadtverordnetenvorsteher; Kaufmann Hofius zum Stellvertreter des Stadtverordnetenvorstehers; Stadtsekretär Floer zum Schriftführer der Stadtverordnetenversammlung; Frieling, Bohwinkel, Hofius und Lifmann zu Mitgliedern der Rechnungsprüfungskommission; Schuhmachermeister Betzler zum Mitgliede und Kaufmann F. W. Heineke zum Stellvertreter im Sparkassenvorstande; Koepe und Lifmann zu Mitgliedern der Grabenschaukommission; Hußmann zum Mitgliede und Flunkert zum Stellvertreter in der Kommission zur Revision der städtischen Kassen; Hußmann und Hofius zu Mitgliedern der Etatskommission.

Gegen die Verpachtung der früher Lifmann'schen Weide an den Vorbesitzer zu einem Pachtbetrag von 300 M hatte Versammlung nichts einzuwenden; der Pachtvertrag ist auf eine unbestimmte Zeit abgeschlossen bei vierteljähr. Kündigung.

Zur Kenntnis genommen wurde eine Mitteilung, wonach an Stelle der von hier verzogenen Frau Fröhlich, Frau Heiming zur Bezirkshebamme gewählt worden ist. Diese erhält hierfür eine jährliche Entschädigung von 45 M; außerdem werden die Beiträge zur Alters- und Invalidenversicherung für die Frau bezahlt.

Nach den Mitteilungen des Herrn Stadtverordnetenvorstehers Hußmann über den neuen Haushaltsplan der Armenkasse schließt dieser mit 18400 M ab; diese Ziffer bedeutet gegenüber dem diesjährigen, welcher mit 15600 M abschloß, eine Erhöhung von 2800 M. Diese Steigerung ist auf die fortgesetzt sich vermehrenden Armenlasten zurückzuführen; doch ist dieses, wie der Referent an den Haushaltsplänen verschiedener Städte nachwies, allerwärts ebenfalls zu beobachten.

Der Stuckateur Mäseler in Hamm hat ein ihm von der Stadt zugegangenes Zahlungsverbot über 12,40 M nicht beachtet, weshalb gegen ihn Klage erhoben werden soll; Versammlung erteilt hierzu ihre Zustimmung.

Es folgten nun Mitteilungen über im Monat Dezember stattgefundene Revisionen der städtischen Kassen, welche in vorschriftsgemäßer Ordnung befunden worden sind. Aus dem Protokoll über die Revision der städtischen Sparkasse ist zu erwähnen, daß die Kasse außer dem jetzt gekauften Starke'schen Grundstück nur noch zwei Grundstücke im Besitz hat. Ferner wird in dem Protokoll das jetzige Kassenlokal als nicht ausreichend bezeichnet und die möglichst baldige Beschaffung größerer Räumlichkeiten als dringend notwendig erachtet. — Herr Beigeordneter Möllenhoff begründete noch eingehend diesen Wunsch und hält eine Aenderung für dringend notwendig, welcher Ansicht verschiedene Stadtverordnete beitraten, worauf der Gegenstand verlassen wird.

Die Oktoberfeier 1913 hat nach der jetzt vorliegenden endgültigen Abrechnung eine Ausgabe von 2168,95 M verursacht, welcher eine Einnahme von 820,93 M gegenübersteht, so daß aus der Stadtkasse (die städtischen Körperschaften hatten s. Z. grundsätzlich beschlossen, daß der Fehlbetrag von der Stadt gedeckt werde) der Betrag von 1348,02 M zu decken ist. Nachdem der Referent Herr Stadtverordnetenvorsteher Hußmann die Verteilung des Fehlbetrages auf die einzelnen Abschnitte des Haushaltsplanes mitgeteilt hatte, brachte er noch eine in der Kommission entstandene Meinungsverschiedenheit über die Deckung der bei den Proben zu den

Aufführungen entstandenen Unkosten zur Sprache; doch wurde der Gegenstand nach kurzer Aussprache verlassen.

Gegen die Löschung einer für Straßenbaukosten auf dem Brumberg'schen Grundstück eingetragenen Sicherheitshypothek, soweit ein an die Stadt abgetretener Spließteil in Frage kommt, hatte Versammlung nichts einzuwenden.

Außer der Tagesordnung stellt Herr Hofius die Anfrage, ob das Gerücht auf Wahrheit beruhe, wonach schon in den nächsten Tagen der Kraftwagenverkehr nach Heeren bezw. Kaiserau eingestellt werden soll. — Sowohl Herr Stadtbaumeister Kemna, wie auch Herr Stadtverordnetenvorsteher Hußmann gaben Auskunft und bezeichnen das Gerücht als müßiges Gerede.

Hierauf folgte Schluß der Verhandlungen.

Lokales und Provinzielles.

* — **Gnadenbezüge für Hinterbliebene.** Den Hinterbliebenen von Altpensionären ist es nur selten bekannt, daß auch ihnen ein Gnadenvierteljahr aus den besonderen Zuwendungen gewährt werden kann. Einzelne Verwaltungen, wie die Justizverwaltung, haben deshalb jetzt angeordnet, daß die entscheidenden Stellen nicht erst einen besonderen Antrag der Hinterbliebenen erwarten sollen, sondern stets von selbst zu prüfen haben, ob Gnadenbezüge an die Hinterbliebenen zu bewilligen sind. Zutreffenden Falles soll die Zahlung ohne weiteres veranlaßt werden. Als Hinterbliebene kommen aber dabei nur die Witwen und Waisen, nicht auch sonstige Angehörige des verstorbenen Pensionärs in Betracht. Eine nochmalige Prüfung der Bedürftigkeit der Hinterbliebenen soll in der Regel nicht mehr stattfinden.

* — **Die diesjähr. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages** wird am 15. und 16. Juni in Köln stattfinden. Als Hauptverhandlungsgegenstände sind festgesetzt: 1. Die Organisation des städtischen Realkredits. 2. Die Verbindung von Städten und Privatkapital für wirtschaftliche Unternehmungen. Für den ersten Verhandlungstag ist außerdem ein kurzer Vortrag über „Die Förderung des Gewerbes durch die Städte im Sinne des Werkbundes" vorgesehen.

* — **Vermehrung der Gestüthengste.** Der Entwurf des Etats der Königlichen Gestütverwaltung für das Jahr 1914 sieht eine Erhöhung der Beschälerzahl im Königlichen Landgestüt zu Warendorf um 10 Hengste vor. Es wird dies von allen westfälischen Züchtern mit Freuden begrüßt werden, wenn ihre Wünsche und die entsprechenden Anträge der Landwirtschaftskammer hierdurch auch nur zu einem Teile erfüllt werden.

* — Vom Kreistag für den Landkreis Hamm war bekanntlich in seiner letzten Sitzung zur **Prüfung der Straßenbahnangelegenheit** eine Kommission eingesetzt worden. Letztere trat Montag, nachdem eine Befahrung der in Vorschlag gebrachten Strecken stattgefunden hatte, im Hotel Strube in Unna zu einer vertraulichen Sitzung zusammen.

* — **Die Meisterprüfung** mit dem Prädikat „gut" bestanden am vergangenen Montag vor der Prüfungskommission in Hamm die Schmiedemeister Emil Dreischer, Kamen und Wilh. Klocke, Westick.

Aus dem Amte Unna-Kamen, 21. Jan.. Die Zwangs-Innung der Bäcker zu Unna beschloß in ihrer Versammlung, ihren Wirkungskreis auch auf das Amt Unna-Kamen auszudehnen, soweit die betreffenden Gemeinden nicht zum Bezirk der Kamener Innung gehören. — Für das hiesige Amt sind jetzt Eichtage eingerichtet worden. Es finden solche statt: in Methler am 14, 16.—21., 23.—28. Februar und am 2. und 3. März im Lokale des Wirts Pfennigheuer für die Gemeinden Methler, Westick, Südkamen, Wassercourl, Oberaden, Niederaden und Weddinghofen; in Heeren-Werwe am 14.—17. April im Lokale des Wirts Northoff. In Methler ist als Eichgebühreneinzieher Auktionator Brüninghaus und in Heeren-Werwe Kaufmann Ewald Thiel bestellt worden.

Südkamen. Der hiesige Krieger- und Landwehrverein begeht am Sonntag, den 25 Jan., in Verbindung mit dem Turnverein Germania die Kaisergeburtstagsfeier im Saale des Herrn Düfelshöft. Nach den Vorbereitungen zu rechnen, wird die Feier eine sehr schöne werden. Außer den beiden Aufführungen „Der Spion von Möckern" und „Der Schmied von Ruhla" werden auch noch humoristische Vorträge zur Darbietung gelangen. Des reichhaltigen Programms wegen soll die Feier pünktlich um 7 Uhr beginnen.

Bergkamen. Der Werkverein „Schacht Grimberg" feierte am vergangenen Sonntag im Lokale des Herrn Wellhausen den Geburtstag des Kaisers. Der Festprolog „Ein Kaiser, ein Volk" wurde von Frl Lina Meyer sehr eindrucksvoll vorgetragen. Die Festrede hielt Kamerad Joseph Gröger mit zündenden Worten, wobei er die Kameraden ermahnte, ihre Pflicht zu tun zum Wohle des deutschen Vaterlandes. Er schloß mit einem begeisternden Kaiserhoch. Die sodann zur Aufführung gebrachten Theaterstücke erzielten großen Beifall. Die munteren Weisen der Kapelle des Herrn August Hauck hielten die Festgesellschaft bis zum frühen Morgen zusammen. — Der erste Vorsitzende des Werkvereins „Schacht Grimberg", Herr Ludwig Brandt, wurde am 18. Januar in Hamm in den Bezirksverbandsvorstand gewählt.

Bergkamen. Die am vergangenen Sonntag stattgefundene Generalversammlung des Schützenvereins Bergkamen wurde vom 1. Vorsitzenden Herrn F. Darenberg geleitet. Nachdem der Jahresbericht und die Protokolle verlesen, trug der Rendant Herr Rediger den Kassenbericht vor. Das Guthaben des Vereins, welches bei der Sparkasse in Kamen angelegt ist, beträgt 533 M. Rechnungsprüfer waren die Herren G. Schelkmann und Heinrich Schürmann. Bei der Vorstandswahl wurde Herr F. Darenberg zum Präses und die Herren Schelkmann und G. Schlüter zu Vorstandsmitgliedern gewählt. Auf Antrag des Schützenkönigs Herrn H. Kleine wurde beschlossen, eine Kaisersgeburtstagsfeier, verbunden mit Königsball, am 14. Februar beim Wirt Ewald Stamm zu feiern. Nachdem der Präses mit kernigen Worten das Kaiserhoch ausgebracht, wurde die Versammlung geschlossen. Bei einem Fäßchen Freibier blieben die Schützen dann noch längere Zeit zusammen. Möge der Verein, der jetzt 211 Mitglieder zählt, immer mehr wachsen, blühen und gedeihen.

Bergkamen, 21. Jan. Den verehrlichen Abonnenten sei mitgeteilt, daß das 4. Abonnement-Konzert nicht am 8. Februar, sondern am Sonntag, dem 15 März d. J., abends 8 Uhr bei Wellhausen stattfindet. Es wird gebeten, diese Nachricht von Mund zu Mund weiterzugeben.

Methler, 20. Jan. Der hiesige Krieger- und Landwehrverein begeht seine diesjährige Kaisergeburtstagsfeier am Sonntag, den 25. cr., im Vereinslokal beim Wirt W. Lunke durch Konzert, Theater und Ball. Zur Aufführung gelangt auf vielseitigen Wunsch nochmals das bereits im Vorjahre gespielte und mit großem Beifall aufgenommene Stück: „Das Volk steht auf", Schauspiel in 5 Akten aus der Zeit der Befreiungskriege (ca. 40 Mitspieler). Der Verein hat auch in diesem Jahre keine Kosten und Mühe gescheut, um die Feier zu einer recht schönen zu gestalten. Da der Beginn des Theaters auch schon auf nachm. 5 Uhr festgesetzt ist, so ist auch dafür gesorgt, daß die Tanzlustigen zu ihrem Recht kommen. Karten im Vorverkauf (75 Pfg) sind bei den Mitgliedern zu haben.

Dortmund, 19. Jan. Das Schwurgericht verhandelte heute gegen den Arbeiter Rudolf Block von hier wegen Straßenraubes. Der Angeklagte soll in Gemeinschaft mit einem bisher nicht ermittelten Arbeiter im Wäßenhof dem Arbeiter Jeczionski das Portemonnaie mit 40 M Inhalt gewaltsam abgenommen haben. Der Angeklagte bestritt ganz entschieden die Tat, er will nur insoweit beteiligt sein, als er dem Berauschten den abgefallenen Hut wieder auf den Kopf setzte. Richtig ist, daß Block freiwillig mit zur Wache ging, während der Unbekannte davonlief. Da zum heutigen Termin der Beraubte nicht erschien, so mußte die Sache vertagt werden.

Dortmund, 20. Jan. Vor dem hiesigen Schwurgericht stand heute der 82jährige Invalide Josef Ruschke aus Brechten, der am 19. Oktober v. J. nach dem Gottesdienst seinen Freund, den ungefähr gleichaltrigen Schmiedemeister Theodor Dörmann, mit dem Messer einen derartigen Stich beigebracht hatte, daß Dörmann bald darauf starb. Einen Beweggrund für die Tat sucht man vergebens. Der Angeklagte will erst durch seine Angehörigen Kenntnis von dem Vorkommnis erhalten haben. Ruschke wurde nach der Tat verhaftet, aber gegen Sicherheitsleistung von 10000 M auf freien Fuß gesetzt. Zurzeit befindet er sich im Krankenhaus. Ruschke war im Feldzug 1870/71 Stabstrompeter im großen Generalstab, er wurde durch einen Lanzenstich schwer verletzt. Später trat er in die Dienste der Eisenbahn. Hier erlitt er einen Unfall. Seitdem leidet er an Schwindelanfällen, die ihm zeitweise das Bewußtsein trüben. Auf einen solchen Zustand führt der Angeklagte seine Tat zurück. Die Sachverständigen hielten es für angezeigt, Ruschke auf seinen Geisteszustand zu untersuchen. Das Gericht folgte dieser Anregung und vertagte die Sache.

Dortmund, 20. Jan. Zurückgewiesen hat das Oberlandesgericht die letzte Beschwerde Ohms gegen die Entscheidung der hiesigen Strafkammer, wonach es zulässig ist, daß Ohm, obwohl in dem Urteil aus dem großen Prozeß auf Fortfall der im Depotprozeß erkannten Strafe erkannt worden war, mit der Abbüßung seiner Strafe im Umfange des Restes der Strafe aus dem Depotprozeß beginnt, bevor die Entscheidung des Reichsgerichts vorliegt.

Dortmund, 20. Jan. Die Stadt hat die Einladung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, ihre Wanderausstellung im Jahre 1919 oder 1920 in Dortmund abzuhalten, angenommen. In der gestrigen geheimen Stadtverordnetensitzung wurde ein geeigneter Ausstellungsplatz sowie ein Zuschuß von 30000 M zur Prämienliste bereitgestellt.

Dortmund, 20. Jan. Die hier neuerrichtete Schifferschule wurde mit 6 Schülern eröffnet. Sämtliche Schüler sind Auswärtige und in dem Sanitätskolonnenhaus am Hafen untergebracht.

Werne a. d. L., 19. Jan. Als gestern abend der Wirt Hellmann (Zum Reichsadler) seine Wirtschaft schließen wollte, traten noch drei Männer ein, welche den Wirt belästigten und bedrohten. Als die Männer anfingen, tätlich zu werden, griff er zu einem am Büffet hängenden Gewehr und schoß auf die Angreifer. Einer der letzteren wurde so schwer verletzt, daß inzwischen der Tod eintrat.

Hagen, 20 Jan. Seit der Inbetriebnahme Mitte September 1912 bis Ende des Jahres 1913 haben im hiesigen Krematorium 65 Einäscherungen stattgefunden. Das Krematorium hatte eine Einnahme von 11342 M und eine Ausgabe von 10663 M.

Essen-Ruhr, 20. Jan. Beim Schlittschuhlaufen auf der Ruhr sind heute nachmittag in der Nähe von Rellinghausen der 12jährige Sohn des Metzgermeisters Becker und dessen 21jähriger Geselle eingebrochen und ertrunken.

Ueber Wert und Notwendigkeit der Kriegsrüstungen ist gestritten worden, seitdem es eine öffentliche Meinung gibt und eine Presse, die ihr als Sprachrohr dient. Wie in einigen der bedeutendsten Großstaaten Europas die Meinung der Regierungen und der Volksvertretung darüber ist, haben kürzlich ungewöhnlich bedeutende Wehrgesetze kundgetan. Und dennoch werden die Friedensfreunde aller Schattierungen nicht müde, die Vorzüge eines allgemeinen Völkerfriedens ohne Heere und Flotten zu schildern und seine Möglichkeit zu behaupten. Eines ihrer Hauptargumente ist, daß durch Abschaffung der Rüstungen gewaltige Mittel für die Hebung der Volkswohlfahrt frei würden, ohne daß sie anzugeben vermöchten, wie ein Volk sein Recht gegenüber Vergewaltigungen seitens seiner Nachbarn anders als durch Machtmittel schützen solle. Daß bedeutende Staatsmänner, wie z. B. Chamberlain und Lord Milner, in einer modernen, wirtschaftlichen Auffassung des Imperialismus das zurzeit einzig mögliche Mittel zur Hebung der Wohlfahrt eines Volkes sehen, ein Mittel, das aber ohne Macht wirkungslos bleiben müßte, schildert der Leitaufsatz der „Flotte", der zugleich eine Uebersicht über die Flottenrüstungen der Großmächte im Jahre 1913 gibt. Ein zweiter Aufsatz ist der Erinnerung an das Jahr 1814 gewidmet. Packende Bilder einer Mandvernacht in der Elbmündung und zugleich eine wehmütige Erinnerung an den Untergang des Luftschiffes L 1 bietet der dritte Artikel. Nicht minder fesselnd sind die folgenden Aufsätze, die der Entwickelung der Taucherkunst, ferner der Erinnerung an die deutsche Vergangenheit ohne Flotte und einigen neuen Erscheinungen auf dem Gebiete der Marineliteratur gewidmet sind. Wie üblich, bringt das Heft auch zahlreiche Nachrichten aus dem Leben des Flotten-Vereins und der Flottenvereine im Auslande.

Wetter-Bericht.

22. Jan.: Wechselnd bewölktes Frostwetter, vielfach etwas Schnee.

23. Jan.: Gelinder, vielfach wolkig bis trüb, zeitweise Schnee.

Marktbericht.

Dortmund, 19. Jan. Städtischer Viehhof. Zum Schlacht-Viehmarkte am Montag waren aufgetrieben: 862 Stück Großvieh, 2939 Schweine, 290 Kälber und 6 Schafe. Preise für 100 Pfund Schlacht-Gewicht: Ochsen 83—89 Mk., Stiere 81—85 Mk., Kühe 1. Qualität 87—90 Mk., 2. Qualität 81—88 Mk., 3. Qualität 76—82 Mk., Schweine 1. Qualität 63—67 Mk., 2. Qualität 62—67 Mk., Kälber das Pfund Lebend-Gewicht 1. Qualität 68—72 Mk., 2. Qualität 62—66 Mk., Schafe 00—00 Mk. Schlachtgewicht.

Neuß, 20 Jan. Fruchtmarkt. Weizen Ia. 18,80, IIa. 17,80 Mk. Roggen Ia. 15,40, IIa. 14,40 Mk. Hafer Ia 16,00, IIa. 15,00, IIIa. 00,00 Mk. Kartoffeln 2,00—2,50 Mk. Heu neues 2,80—3,20 Mk. Luzerner Heu neues 4,00—4,40 Mk. für 50 kg. Krumm- und Preßstroh 10,00 Mk., Breitdruschstroh 11,00 Mk., Roggenrichtstroh 12,00 Mk. für 500 kg. Kleie 5,80 Mk. für 50 kg Wintergerste Ia. 15,20 Mk. IIa. 14,20 Mk.

Der heutigen Auflage liegt ein **Prospekt des Warenhauses Eisenstädt, Kamen, Weststraße 70,** bei, worauf wir hiermit aufmerksam machen.

Neu eingetroffen!

Schlittschuhe

alle Systeme, Größen und Preislagen vorrätig.

Carl Müller, Kamen.

Wintereier

erzielt man in großer Menge durch die tägliche Beifütterung pro Huhn von 15—20 Gramm des sehr berühmten Geflügelfutters **„Nagut".**

Pastor Jaene, Protzen bei Dammkrug, schreibt am 31. 10 1912: Bitte mir umgehend 1 Ztr Nagut zu übersenden. Ihr Futter hat mir sehr gefallen und die Hühner schnell zum Legen gezwungen.

Zu haben bei: **Carl Müller jr. Nachf.,** Drogerie, **Kamen.**

In der Übergangszeit und im Winter empfehlen Aerzte und Professoren

Brustkranken als hervorragend gutes, wirklich vertrauenswertes Mittel **Altbuchhorster Marksprudel Starkquelle** (Fl 65 u. 95 Pf.) mit heißer Milch gem zu trinken. Diese rein natürliche Kur wirkt außerordentl. wohltuend, lösend, beruhigend u. gleichzeitig kräftigend und bringt bei Husten und Verschleimung meist augenblickliche Erleichterung. Daneben stündlich 1 bis 2 echte **Altbuchhorster Mineral-Pastillen** langsam im Munde zergehen lassen. In Rollen à 35, 50 und 85 Pf. in **Kamen** u. **Bergkamen** bei **H. Jacobi,** Droger.

Empfehle mich als

Wasch- u. Putzfrau

Frau Gnaden

Kämerstraße 16.

Samstag, den 24., Sonntag, den 25. d. Mts., werden bei mir Kölschen ausgewürfelt.

Oberaden. **H. Kötter.**

Holz-Verkauf.

Für Herrn Rittergutsbesitzer Große-Leege, Haus Brüggen, werde ich am **Montag, den 26. Jan.,** nachmit. 3 Uhr anf. im Böner Berge 70 Haufen Eichen-Durchforstungsholz zu Frechtungen, Baumpfählen u. Brennholz passend und ca 10 Haufen Bohnenstangen nummerweise gegen Kredit verkaufen.

Lenninghasen. **Reichenbach.**

Thiel's Kopfgeist.

Wirksames u. sicheres Mittel zur Vertilgung von Läusen mit Brut.

Drogerie H. P. Thiel, Kamen,

Oststraße 21. Fernruf 180.

Wohnung

von 3—4 Zimmer zum 1. April von Beamten-Witwe gesucht.

Zu erfr. in der Geschäftsst. der Märkischen Zeitung.

Schöne abgeschlossene

Etag.-Wohnung

zu vermieten.

Näheres in der Geschäftsst. d. Ztg.

Deutscher Schäferhund, ohne Halsband, auf den Namen „Prinz" hörend

entlaufen.

Wiederbringer erh. Belohnung.

Budde, Overberge 52.

Tanzschule
Kamen.

Der neue Kursus im Saale des Herrn L. Rieder a. Markt beginnt am **Mittwoch, d. 21. Januar, 8½ Uhr abends.**

Gefl. Anmeldungen werden daselbst entgegen genommen.

Hochachtungsvoll

H. Ludmann.

Zuverlässig
wirken bei
Husten u. Heiserkeit
die **Eucalyptus-Menthol-Bonbons**
Paket zu 30 und 40 Pfg.
und **Malz-Brust-Caramellen**
Paket zu 25 Pfg.
aus der
Germania-Drogerie
Heinrich Jacobi,
Kamen und Bergkamen



Donnerstag morgen
lebendfrische
Seefische
in bekannt frischer und guter Qualität.

Bratschellfisch
Pfund von 17 ₰ an
Bücklinge
3 Stück 10 ₰
Kieler Sprotten
¼ Pfund 24 ₰
geräuch. Schellfisch
Pfund 35 ₰
Vollheringe
Dtzd. 70, 80, 90 ₰
Süßrahmtafelbutter
Pfund nur 1,35 ℳ
frische Eier
10 Stck. 1 ℳ
Harzkäse
9 Stck. 20 ₰
Weintrauben
(Goldtrauben)
Pfund nur 65 ₰
süße Apfelsinen
10 Stck. 38, 48, 68 ₰

J. Kadden.

Zwangs-Versteigerung.

Donnerstag, d. 22. Januar, vormittags 9½ Uhr, werde ich beim Wirt **Rieder hier**

1 Vertikow, 1 Sofa und 1 Trumeaux

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Kamen, den 21. Jan. 1914

Falley,
Gerichtsvollzieher.

Bekanntmachung.

Die

Kaisersgeburtstagsfeier

findet am **Dienstag, den 27. d. Mts.** in üblicher Weise in hiesiger Stadt durch

Konzert auf dem Marktplatz

um 11½ Uhr und durch ein

Festessen

um 6 Uhr im Hotel zum „König von Preußen" statt.

Eine Liste zum Einzeichnen für die Teilnahme an dem Festessen ist in Umlauf gesetzt. Diejenigen, denen die Liste nicht vorgelegt sein sollte, werden gebeten, sich in obigem Hotel bei Herrn Bergheim zu melden.

Der Festausschuß.

Für Stotternde

findet am **Montag, den 26. d. Mts.** ein

3. Kursus in Hamm

statt. — Vollständige, sichere Heilung findet jeder, der ohne Stottern singt. Kein Apparat, kein langsames Sprechen.
Anmeldungen täglich Hamm, kleine Weststraße 8 I.

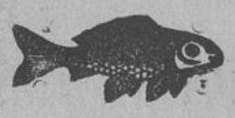
A. Wolf.

Zur gefl. Kenntnisnahme!

Wir haben dem Herrn

Friedrich Mork, Kamen, Oststraße 27,

unsern dortigen



Fisch-Verkauf

übertragen. Der Fisch kommt nach Eintreffen unserer Dampfer sofort zum Bahnversand und garantieren wir für blutfrische feste Ware. Billige Lagerware wird nicht verkauft.

Waagschal & Schroeder, Dampffischerei, Geestemünde.

Bekanntmachung.

In der **Zusammenlegungssache von Heeren** hat die Ausführungsverhandlung am 6 Dezember 1913 stattgefunden. Das Auseinandersetzungsverfahren ist beendet, und die Zuständigkeit der Generalkommission nach Genehmigung und Ausfertigung der Ausführungsverhandlung am 10 Januar 1914 erloschen.

Der Bürgermeister: Dr. Wiesner.

Bekanntmachung.

Am 7. Februar d. J. beginnt in **Methler** in der Wirtschaft **Pfennigheuer** ein **Kursus der Wanderhaushaltungsschule des Kreises Hamm.** Er hat den Zweck, in einem bis Ende März dauernden Lehrgang junge Mädchen von 16 und mehr Jahren aus bäuerlichen Verhältnissen, Töchter Gewerbetreibender auf dem Lande und Mädchen aus dem Arbeiterstande in den wichtigsten hauswirtschaftlichen Dingen und Verrichtungen zu unterweisen. An dem Kursus können etwa 20 Schülerinnen teilnehmen. Neben dem Kochen, das den breitesten Raum im Unterricht einnimmt, wird Tischdecken, Aufwaschen, Zimmer- und Fensterputzen, Reinigen der in der Schule gebrauchten Wäsche, Bügeln und Glanzplätten geübt und gelehrt. Auch werden die Schülerinnen in den Anfangsgründen der Ernährungslehre und der Krankenpflege unterrichtet.

Während des Unterrichts, der von 9—4 dauert, wird die Mittagsmahlzeit, sowie Morgen- und Nachmittagskaffee bereitet. Das Schulgeld beträgt 16 ℳ, die Beköstigung in der Schule ist frei.

In erster Linie ist dieser Kursus für Mädchen aus dem Amte Unna-Kamen bestimmt. Anmeldungen sind spätestens bis zum 1. Februar an den Kreisausschuß zu richten, der auch event. nähere Auskunft erteilt.

Hamm, den 19 Januar 1914.

Der Kreisausschuß des Landkreises Hamm.
Der Vorsitzende. J. V.: Voigts.

Special-Fettwaren

Freitag, den 23. und Samstag, d. 24. Januar 1914
erhält jeder Käufer beim Einkauf von

Paß's hochfeine Margarine
Paß's hochfeine Pflanzenbutter-Margarine
Paß's ff. gebrannten Kaffee
Paß's Malz-, Korn- und Nährsalzkaffee
in Paketen

doppelte Gutscheine.

Filialen in **Kamen, Weststraße 54**
in **Kamen, Bahnhofstr. 53**

NB. Eine sehr große Auswahl in Zugaben

prachtvolle Neuheiten

sind soeben eingetroffen und wolle jede sparsame Hausfrau sich dieses nicht entgehen lassen.

Pass's Butter-Halle

Flechten

nässende trock. Schuppenflechte Bartflechte, skroph. Ekzema,
offene Füße
Hautausschläge, Aderbeine, böse Finger, alte Wunden, sind oft sehr hartnäckig. Wer bisher vergeblich auf Heilung hoffte, versuche noch die bewährte u. ärztl. empf.
Rino-Salbe
Frei von schädlichen Bestandteilen.
Dose Mk. 1,15 u. 2,25.
Man verlange ausdrücklich Rino u. achte genau auf die Fa. Rich. Schubert & Co., G. m. b. H. Weinböhla-Dresden
Zu haben in allen Apotheken.



EINER
sagt es dem andern, Wybert-Tabletten gebrauche ich täglich zum Schutze gegen Husten-Heiserkeit-Katarrh. Erhältlich in allen Apotheken u. Drogerien. Preis d. Orig.-Schachtel 1 Mk.

Niederlagen in Kamen:
Adler-Apotheke, Löwen-Drogerie

„Mein Kind hatte eine
Flechte,
die allen Mitteln trotzte, wohl auch verschwand, aber immer wieder auftrat. Zuletzt versuchte ich **„Saluderma"** und bin erstaunt, wie schnell und gründlich das Übel dadurch beseitigt wurde. T. Jesen." Dose 50 Pf. u. 1 M.
In **Kamen** und **Bergkamen:**
Germania-Drogerie **H. Jacobi.**

Bergkamen!

Das

4. Abonnement-Konzert

findet **am 15. März 1914** statt.

Erich Bode, Kapellmeister.



Hochtragende Kühe und Rinder

in großer Auswahl empfiehlt

Abraham Lifmann, Kamen.

Fernruf 26.

Intelligenter, ehrlicher, fleißiger junger Mann, als **Lieferbote und Einkassierer** für die Zeitschrift „Nach Feierabend" für Kamen und Umgebung gesucht. Es wollen sich nur Leute melden, die auf dauernde Stellung reflektieren und Kaution stellen können. Gefl. Angebote unter Angabe des Alters, der bisherigen Tätigkeit, sowie der Lohnansprüche erbeten. Verheiratete Bewerber bevorzugt.

Heinr. Leenders, Dortmund, Königshof 17.

Makulatur (alte Zeitungen)
stets zu haben bei **W. Felting** in **Kamen** (Markt).



Bratschellfisch	Pfd. 16 ₰	Feinsten Angelschellfisch	Pfd. 40 ₰
Feinst. groß. holl. Bratschellfisch	25 ₰	„ Cablian ohne Kopf	Pfd. 30 ₰

Nr. 9 Kamen, Mittwoch, den 21. Januar 1914. 32. Jahrg.

Märkische Zeitung

Erscheint Montags, Mittwochs und Freitags / Abonnementspreis einschließl. des wöchentl. einmal beigegebenen illustr. Unterhaltungsblattes vierteljährlich 1 Mark

Druck und Verlag von W. Felling in Kamen

Insertionspreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum kostet 10 Pfennig / Reklamen 30 Pfennig die Zeile / Inserate werden tags vor dem Erscheinen erbeten

Verantwortlicher Redakteur: W. Felling in Kamen

Amtliches Publikations-Organ für die Stadt Kamen / Zugleich Öffentlicher Anzeiger für den Kreis Hamm

Telefon Nr. 200 · Haupt-Annoncenblatt für Kamen und Umgegend · Telefon Nr. 200

Einmaliges Angebot! BIS 50% Einmaliges Angebot!



Preisermässigung auf grosse Posten Leder- & Winterartikel bietet unser



Sie können den reellen Preisnachlass selbst nachprüfen, denn jede Sohle trägt den von der Fabrik eingeprägten alten Preis.

Inventur-Ausverkauf

Beginn: 21. Januar

Schuhwarenfabrik Conrad Tack & Cie Akt. Ges. Burg b/Mgdbg.

Ende: 10. Februar

Verkaufsstelle: Conrad Tack & Cie. G. m. b. H. — Dortmund, Brückstr. 46 — Telefon 7773. —

Der Reichstag und die Olympischen Spiele.

Im vergangenen Sommer waren im Reichstag Resolutionen gefaßt worden, die dem Reichskanzler die Förderung aller auf die körperliche Ausbildung der deutschen Jugend gerichteten Bestrebungen dringend ans Herz legten. Trotzdem hat nunmehr, wie bekannt, die Budgetkommission des Reichstages am vergangenen Donnerstag den von der Regierung geforderten Zuschuß zu den Kosten der im Jahre 1916 in Berlin stattfindenden Olympischen Spiele abgelehnt. Hierzu äußert sich nun die halbamtliche „Nordd. Allg. Ztg." an der Spitze ihrer „Rückblicke" in der letzten Sonntagsnummer in folgender Weise:

So empfindlich der Entgang des mit Sicherheit erwarteten Zuschusses unseren Turn- und Sportvereinen sein würde, er wäre zu verschmerzen und würde sicher aus freiwilligen Spenden gedeckt. Unerträglich aber will es scheinen, daß der Deutsche Reichstag einem überall im deutschen Lande mit freudiger Zustimmung aufgenommenen Unternehmen sein Interesse versagen und abseits stehen sollte, wenn die Jugend aller Kulturnationen zu uns zu Gaste kommen will. Man wird hoffen dürfen, daß das Plenum dem bedauerlichen Vorschlage der Budgetkommission nicht folgen wird.

Diese Ausführungen dürften Zustimmung auch in solchen Kreisen finden, die sonst nur selten mit den in den „Rückblicken" der „Nordd. Allg. Ztg." vertretenen Anschauungen einverstanden sind.

Wehrbeitrags-Berechnungen ländlicher Grundbesitzer.

Für die Berechnung des Wehrbeitrages, namentlich mittlerer ländlicher Grundbesitzer, wird amtlicherseits besonders darauf hingewiesen, daß, im Gegensatz zur Reinertrags-Berechnung für die Einkommensteuer vom Rohertrag, der Wert der Arbeitskraft des Besitzers und seiner Angehörigen — soweit diese letzteren nicht entlohnt werden — in Abzug gebracht werden kann; denn nach § 17 des Wehrbeitrags-Gesetzes ist derjenige Reinertrag zugrunde zu legen, den das Grundstück mit entlohnten, fremden Arbeitskräften gewähren kann.

Die Bewertung des der dauernden landwirtschaftlichen, gärtnerischen und forstwirtschaftlichen Benutzung dienenden Grundbesitzes anlangend, geschieht diese nicht nach dem sogenannten gemeinen Wert (Verkaufswert), sondern nach dem Ertragswert, soweit der Beitragspflichtige nicht die Einschätzung nach dem gemeinen Wert vorzieht. Als Ertragswert gilt das Fünfundzwanzigfache des Reinertrages, den die Grundstücke nach ihrer wirtschaftlichen Bestimmung bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung mit entlohnten fremden Arbeitskräften nachhaltig gewähren können. Die Berechnung des Reinertrages kann, abgesehen von bereits erwähnten besonderen Bestimmungen, in derselben Weise, wie bei der Einschätzung zur Einkommensteuer erfolgen, ist also den meisten preußischen Steuerveranlagten vertraut. Zu beachten ist jedoch natürlich, daß immer durchschnittliche Einnahmen und durchschnittliche Ausgaben, die einer normalen Bewirtschaftung und normalen Jahren entsprechen, in Betracht gezogen werden müssen.

Es wird also am besten der Durchschnitt des Ertrages einer längeren Reihe von Jahren zugrunde gelegt werden. Liegt keine regelmäßige Buchführung vor, so ist der Normal-Reinertrag unmittelbar zu schätzen, wofür den wichtigsten Anhalt normale Pachtpreise der in Betracht kommenden Gegend und Bodenqualität bilden.

Schließlich sei noch bemerkt, daß bei Grundstücken, bei denen die Ergebnisse des Wirtschaftsbetriebes dem Boden unmittelbar entnommen werden — wie bei Lehm-, Sand- und Tongruben, Stein- und Kalkbrüchen, Torfstichen, deren Ausbeutung in unmittelbarer Verbindung mit einem Landwirtschafts-, Forst- oder Gärtnereibetrieb erfolgt —, muß die Jahresgewinnung um einen der fortschreitenden Erschöpfung des Bodens entsprechenden Betrag gekürzt werden.

Die Tagung des Preußenbundes.

Der im vorigen Jahre gegründete Preußenbund hielt am 18. Januar im Abgeordnetenhause in Berlin seine erste Mitglieder-Versammlung ab. Gegen 200 Personen aus allen Teilen der Monarchie waren erschienen. Der Vorsitzende Handelskammer-Syndikus Dr. Rocke-Hannover begrüßte die Erschienenen und streifte in seiner Ansprache die Dinge und Vorgänge der letzten Zeit, die so viele preußische Patrioten veranlaßt hätten, sich zum Preußenbunde zusammenzuschließen: es seien die demokratischen Strömungen im Reichstag, denen die Regierung nicht mit der nötigen Energie entgegentrete. Seine Ansprache schloß mit einem Hoch auf den Kaiser, dem auch ein Huldigungstelegramm gesandt wurde.

Herr von Heydebrand als erster Redner stellte als erste Preußentugenden hin: Ordnung und Pflichterfüllung, die Sorge um unser preußisches Heer, das uns Schutz und Sicherheit bietet, und der Gedanke, daß wir eins sind mit unserem Fürstenhause. Jeder an seinem Teil müsse daran arbeiten, daß dieser preußische Geist erhalten bleibe.

Generalleutnant z. D. v. Wrochem-Berlin gab in seinem Vortrage über das monarchische Heer einen historischen Rückblick über die Vorzüge der preußischen Armee, die vermöge ihres monarchischen Offizierkorps von Sieg zu Sieg geeilt sei. Schon in den Freiheitskämpfen hätte die Diplomatie versagt. Als er zu den Verhandlungen des Reichstages über die Wehrvorlage kam, führte er aus: die Anträge Erzberger, Scheidemann und Genossen seien Anstürme an die Kommandogewalt des Kaisers, wie sie dreister gar nicht zu denken seien. Und als unsere Truppen in Zabern sich die Gemeinheiten des Pöbels nicht länger gefallen ließen, während die Zivilbehörde beim Festessen saß, da ertönte ein Wutgeheul nicht nur in der Presse der Linken, sondern auch in der höchst gemischten Gesellschaft, die sich heute Deutscher Reichstag nennt. Ja, dürfe denn eine solche Rotte preußischer Offiziere „Hochverräter" nennen und den Reichskanzler niederschreien? Der Kriegsminister sei der einzige gewesen, der am 4. Dezember gesiegt habe. Die Regierung aber müsse Charakter, den Willen zur Tat und, wenn nötig, auch den unheugsamen Mut zum Kampfe haben! (Wiederholter stürmischer Beifall.) Eine furchtbare Gefahr habe damals über unserer Armee geschwebt.

Hierauf wurde an den Kriegsminister von Falkenhayn ein Telegramm gesandt, in dem ihm für die kräftige Verteilung der Armee gedankt wurde.

Generalmajor z. D. Rogge-Wernigerode, behandelte das Thema „Preußens Beruf", wobei er die Verdienste Preußens um Deutschland hervorhob. Preußens Mission sei aber noch längst nicht erfüllt, jetzt gelte es, gegen die nivellierenden Tendenzen, wie sie sich im Reichstag breitmachten, anzukämpfen.

An der Diskussion beteiligten sich noch die Herren Dr. Rösicke, Kaufmann Janssen-Barmen, Superintendent Rödenbeck, Oberlehrer Dr. Krause, General von Kracht-Dessau, Graf von der Gröben, Pastor von Gerlach. Herr von Gerlach sprach den Wunsch aus, auch an den Reichskanzler ein Begrüßungstelegramm zu senden, an dem lebhaften Widerspruch der großen Mehrheit scheiterte jedoch diese Anregung. Mit einem Schlußwort des Past. Dr. Philipps-Charlottenburg, über das Fundament des Königstums, des Königstums von Gottes Gnaden, schloß diese erste Versammlung des Preußenbundes.

Deutsches Reich.

Hof und Gesellschaft. Der am 30. September 1909 im Marmorpalais zu Potsdam als dritter Sohn des Kronprinzenpaares geborene Prinz Hubertus Karl Wilhelm ist an Keuchhusten erkrankt.

Der Herzog Ernst August von Braunschweig reiste am 17. Januar abends nach 10 Uhr aus Berlin, wo er sich bekanntlich zum Kapitelsfeste des Schwarzen Adlerordens aufgehalten hatte, nach Braunschweig zurück; das Geleit zum Bahnhofe gab ihm sein Schwager Prinz Eitel Friedrich.

Im Berliner Kgl. Schlosse fand am 17. Januar vormittags unter dem üblichen Zeremoniell die Investitur der neuernannten Ritter des Schwarzen Adlerordens durch den Kaiser statt. Die sechs neuen Ritter sind: Prinz Friedrich Leopold (Sohn) von Preußen, Prinz Heinrich von Bayern, Herzog Ernst August von Braunschweig, der General der Infanterie und Generalinspekteur der 8. Armeeinspektion von Kluck, der General der Infanterie und Generaladjutant von Löwenfeld und der General der Infanterie z. D. Freiherr von Scheffer-Boyadel. Nach der Feier fand große Tafel statt, an der etwa tausend Personen teilnahmen.

Das Krönungs- und Ordensfest wurde am Sonntag im Berliner Königlichen Schlosse „auf Befehl des Kaisers und Königs" in herkömmlicher Weise gefeiert. Zu dieser Feier hatten sich die geladenen, mit Orden und Ehrenzeichen „zu begnadigenden Personen", wie der „Reichsanzeiger" schreibt, im Schlosse versammelt. Aus der großen Zahl der verliehenen Auszeichnungen — es waren viele Tausende — seien die nachstehenden hier genannt; es erhielten: den Roten Adlerorden 1. Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe der Admiral von Pohl, Chef des Admiralstabes; der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats Dr. Voigts; — den Stern zum Roten Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub und der Königlichen Krone der Wirkliche Geheime Legationsrat Dr. Hammann, vortragender Rat im Auswärtigen Amt; der Wirkliche Geheime Oberfinanzrat Heinke, Generaldirektor der direkten Steuern; der Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Lewald; — den Roten Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub der Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Bier; der Kommandeur der 30. Feldartilleriebrigade in Straßburg, Generalmajor Kühne, der bekanntlich seinerzeit zur Untersuchung der Vorgänge in Zabern dorthin entsandt worden war; der Präsident des Kaiserl. Statist. Amts, Dr. Delbrück; der Wirkl. Geh. Oberjustizrat Dr. Spahn, Oberlandesgerichtspräsident in Frankfurt a. M., Mitglied des Reichstags (Zentr.), (sein Sohn Dr. Martin Spahn, Ord. Prof. an der Universität in Straßburg, erhielt den Roten Adlerorden 4. Klasse); — den Roten Adlerorden 2. Klasse mit dem Stern der Erzbischof von Köln, Dr. von Hartmann; — den Roten Adlerorden 2. Klasse der Direktor der Deutschen Bank von Gwinner; — den Roten Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife der **Oberst von Reuter,** Kommandeur des 2. Oberrhein. Infanterieregiments Nr. 99; der Geh. Rechnungsrat Plate, Direktor des Hauses der Abgeordneten; — den Roten Adlerorden 4. Klasse der Leiter des bekannten parlamentarischen Berichterstattungsbureaus, Redakteur Bäckler in Wilmersdorf; — den Kronenorden 1. Klasse der Wirkl. Geh. Rat Dr. von Chappuis, Unterstaatssekretär im Kultusministerium; — den Stern zum Kronenorden 2. Klasse Dr. Heiligenstadt; der Botschafter in Rom, von Flotow; — den Kronenorden 2. Klasse der Geh. Oberkonsistorialrat D. Dr. Kaftan, Ordentl. Prof.; der Geh. Justizrat Dr. Kohler, Ordentl. Prof.; die Gouverneure Ebermaier (Kamerun) und Dr. Schnee (Deutsch-Ostafrika).

Die Zabern-Interpellationen und der Reichskanzler. Die Verschiebung der Beantwortung der Interpellationen über die Straßburger Urteile auf Ende dieser Woche wird in einigen Blättern auf den Gesundheitszustand des Herrn Reichskanzlers zurückgeführt. Das ist irrig. Die Verschiebung der Beantwortung war schon deswegen nötig, weil die Urteile an den maßgebenden Stellen in Berlin noch nicht eingegangen waren.

Die Richtigstellung einer Behauptung des Zaberner Bürgermeisters. Der Zaberner Bürgermeister und Zentrumsabgeordnete Knöpffler hat im reichsländischen Landtage zur Begründung der Zaberner Interpellation gesagt, Oberst v. Reuter habe gelegentlich eines Festessens im Jubiläumsjahr, bei dem der Bürgermeister den Vorsitz führte, Urlaub genommen, um nicht daran teilnehmen zu müssen. — Diese Behauptung widerspricht, wie der „Straßburger Post" ein Mitglied des Festausschusses mitteilt, den Tatsachen. In der Mitteilung heißt es: Auf die vom Festausschuß an das Regiment gerichtete Einladung zur Teilnahme an dem Kommers, bei dem der Bürgermeister Knöpffler den Vorsitz führen sollte, erhielt ich von Oberst von Reuter ein sehr liebenswürdiges Schreiben aus Berlin, in dem er mir mitteilte, daß er zu einem Schießkursus dorthin kommandiert sei und lebhaft bedauerte, aus diesem Grunde nicht bei der Feier erscheinen zu können. Am Tage des Kommerses erhielt ich folgendes Telegramm aus Berlin: Mit dem Wunsch schönen Gelingens des Festkommerses vereinige ich mich mit der Bevölkerung Zaberns in dem Ruf: Es lebe der Kaiser! von Reuter. Zugleich deutet diese Richtigstellung darauf hin, daß Oberst von Reuter im Verkehr mit dem Zivil in Zabern keineswegs schroffe Umgangsformen gezeigt hat.

Die Amnestie zum Regierungsjubiläum des Kaisers. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, sind aus Anlaß des Regierungsjubiläums des Kaisers in 525 Straffällen wegen Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze und die sonstigen Vorschriften über indirekte Reichs- und Landesabgaben 612 Personen begnadigt worden. Insgesamt sind rund 38 286 ℳ Geldstrafe und 7211 ℳ Wertersatz sowie 9 Monate 25 Tage Gefängnis erlassen.

Kleine politische Nachrichten.

Im Reichspostamt tagte am Sonnabend eine Konferenz, die zu verschiedenen Fragen des Post- und Telegraphenwesens Stellung nahm.

In einer Entschließung spricht der Ausschuß der Deutschen Kolonialgesellschaft sein Bedauern darüber aus, daß die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Diamantenregie nicht in Güte beigelegt worden sind, und erwartet von der Kolonialverwaltung eine in vollem Einverständnis mit den Diamantenförderern herbeizuführende Regelung der Frage.

In Hamburg befaßt man sich energisch mit der Gründung eines Zentralinstituts zur Förderung der deutschen Interessen in China.

Am 25. Januar findet in Berlin eine außerordentliche Hauptversammlung des Verbandes preußischer Justizsekretäre statt.

Die englische Admiralität beschloß, drei lenkbare Luftschiffe nach dem System des Mailänder Ingenieurs Forlanini in England zu erbauen.

In Westrußland sollen im Laufe dieses Jahres Eisenbahnbauten in großem Stil in Angriff genommen werden.

Die englische Regierung forderte die Regierung der Republik Nikaragua mehrmals auf, die finanziellen Ansprüche des englischen Publikums zu befriedigen, bisher jedoch ohne Erfolg.

Deutscher Reichstag.

194. Sitzung. § Berlin, 19. Januar 1914.

Die heutige Beratung begann mit einer höchst einförmigen Schilderung der wirtschaftlichen Lage durch das Zentrumsmitglied Dr. Mayer-Kaufbeuren, der nur ein paar Dutzend Parteifreunde des Redners in dem spärlich besetzten Hause ihre Aufmerksamkeit schenkten. Neues brachte die Rede kaum, auch die Klage, daß jetzt eine wahre Sintflut von Kommunalanleihen den Kapitalmarkt überflutete, wird man schwerlich dazu rechnen können. Das Haus füllte sich ein wenig mehr, als der nationalliberale Redner Keinath das Wort nahm. Er sah mit Recht in der großen Widerstandskraft, die die deutsche Volkswirtschaft in den Zeiten sinkender Konjunktur bekundete, ein erfreuliches Zeichen der Gesundheit.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung. ✕ Berlin, 19. Januar 1914.

Das Abgeordnetenhaus begann heute die zweite Lesung des Etats beim Landwirtschaftsetat. Da die Beamtenfragen bis zur Beratung der Besoldungsvorlage ausgeschieden wurden, und da auch die Aussprache über die innere Kolonisation auf später verschoben wurde, so ist damit eine erhebliche Entlastung der gegenwärtigen Debatte gegeben. Die Klagen des konservativen Abgeordneten Busse über die niedrigen Getreidepreise und über die Schäden infolge der Maul- und Klauenseuche veranlaßten sofort Herrn von Schorlemer, in die Debatte einzugreifen. Wenn er auch die infolge der angezogenen Umstände veranlaßte Abnahme der Einnahmen in den landwirtschaftlichen Betrieben zugab, so wollte der Minister doch den auch sonst geäußerten pessimistischen Ansichten über das Versiegen des Zuströmens ausländischer Arbeiter aus Rußland und Oesterreich eine Berechtigung nicht zuerkennen. Rußland werde in den nächsten Jahren den großen Ueberschuß an ländlichen Arbeitern gar nicht ernähren können, und die mit der österreichischen Regierung angeknüpften Verhandlungen berechtigten zu der Erwartung, daß auch in Zukunft es an dem notwendigen Zuzug von Wanderarbeitern aus der Donaumonarchie nicht mangeln werde. Der Minister wollte dabei jedoch die innere Kolonisation nicht vernachlässigt wissen und behielt sich nähere Angaben für die Beratung des Grundteilungsgesetzes vor, dessen Vorlegung er für die nächsten Wochen in Aussicht stellte. Hinsichtlich der Vermehrung des Viehbestandes und der Abnahme der Fleischpreise äußerte sich Herr von Schorlemer recht optimistisch und unterstrich noch einmal die von der Regierung bereits gegebene Erklärung, daß eine Einfuhr ausländischen Fleisches über den 1. April 1914 hinaus nicht zugestanden werden könne. Er gab jedoch der Linken für spätere Kalamitäten beruhigende Erklärungen. Mit der Betonung der unveränderten Haltung der Regierung zum Religionsunterricht in den ländlichen Fortbildungsschulen war erklärlicherweise das Zentrum wenig einverstanden, dessen Redner Wallenborn sich im übrigen mit den Abgeordneten Ecker-Winsen (natl.) und Johannsen (frk.) einig war in der Notwendigkeit der Beibehaltung des Zoll- und Seuchenschutzes. Im Gegensatz zu den Ausführungen der Vorredner bedeuteten die Darlegungen des Fortschrittlers Hoff eine entschiedene Absage an die bisherige Wirtschaftspolitik. Auch der Sozialdemokrat Braun begründete in einer mehr als zweistündigen Rede seine grundsätzliche Gegnerschaft zu der konservativen Wirtschaftspolitik, indem er der Landwirtschaft vorwarf, es bei ihrer Hauptaufgabe, das Volk zu ernähren, an dem nötigen Pflichtgefühl fehlen zu lassen.

Aus Groß-Berlin.

Ein Großfeuer brach in der Nacht zu Sonntag in den Eisenbahnwerkstätten des Lehrter Bahnhofes in Berlin aus, das mit rasender Schnelligkeit um sich griff. Erst nach langen Bemühungen der Wehr konnte der Brand gelöscht werden. Leider wurde bei den Löscharbeiten durch ein einstürzendes Dach Brandmeister Grabow lebensgefährlich verletzt. Mehrere andere Wehrleute erlitten leichtere Verletzungen. Der angerichtete Sachschaden ist sehr erheblich.

Die Verlegung der Landwirtschaftlichen Hochschule nach Potsdam ist das Ergebnis eingehender Verhandlungen, die zwischen Oberbürgermeister Bosberg und dem Landwirtschaftsministerium geführt wurden. Die Kosten der Verlegung, die zwei Jahre in Anspruch nehmen wird, belaufen sich auf 500 000 ℳ. Mit dem Bau der Institute für Pflanzenbau- und Vererbungsfragen wird der Anfang gemacht werden. Die Institute werden auf forstfiskalischem Terrain an der Saarmunder Straße errichtet

Kurze Inlands-Chronik.

Der Erblandmarschall von Lützow, Klosterhauptmann des Klosters Dobbertin, ist am Sonntag gestorben. Lützow war Führer der Opposition im mecklenburgischen Landtag gegen die Verfassung.

Wegen starken Eisganges auf dem Mittelrhein ist die Einstellung der gesamten Rheinschleppschiffahrt angeordnet worden.

Auf der Erzgrube „Friedrich" im Siegerland stürzten gewaltige Gesteinsmassen ab. Drei Bergleute blieben auf der Stelle tot; zwei andere wurden schwer verletzt.

Als am Sonnabend der Oberstleutnant von Gottberg vom 9. lothringischen Infanterieregiment Nr. 173 bei St.-Avold mit geladenem Gewehr über einen Graben springen wollte, entlud sich die Waffe. Die Schrotladung drang dem jungen Leutnant Fölsche in den Kopf und führte seinen sofortigen Tod herbei.

Aus aller Welt.

Kälte und Schneestürme. Nach einer Meldung aus Breslau mußte wegen Schneeverwehung bis auf weiteres der Gesamtverkehr auf der Strecke Altreichenau nach Haidmühle gesperrt werden. — Infolge starker Schneefälle ist der Bahnverkehr bei Perpignan und Cerbère und anderwärts in Südfrankreich unterbrochen; 1200 von Spanien kommende Reisende liegen in Cerbère fest. Dabei herrscht so strenge Kälte, wie sie seit 1870 nicht wieder beobachtet wurde. — Während des ganzen Sonnabend herrschte in Spanien heftiges Schneetreiben, das viele Verkehrsstörungen zur Folge hatte. Die Wege nach den Friedhöfen waren in Madrid durch den Schneefall so unwegsam geworden, daß der normale Bestattungsdienst vollständig versagte und Automobile zu Hilfe genommen werden mußten. — Ein seit Freitag wütender Sturm hat in den Häfen des Schwarzen Meeres ernsten Schaden angerichtet. Der Schutzdamm des im Bau befindlichen Getreidehafens in Odessa wurde zerstört, so daß der Hafenbau eine Verzögerung erleiden wird. Die Dampfer konnten nicht in See stechen. Mehrere Schiffe stießen zusammen, da die Vertauungen rissen. Die Eisenbahnzüge treffen mit großen Verspätungen ein.

Zum Untergang des Hapag-Dampfers „Acilia" wird noch gemeldet, daß das Schiff mit 45 Passagieren und 49 Mann Besatzung an Bord am 28. Oktober aus dem Hafen von Cornel in Chile nach Montevideo abgefahren war und seitdem vermißt wurde. Durch die Meldung aus Punta Arenas kann nunmehr nicht mehr gezweifelt werden, daß die „Acilia" mit Mann und Maus untergegangen ist. Die „Acilia", die im Jahre 1900 in England erbaut worden war, hatte eine Wasserverdrängung von 5693 Tonnen und war damit einer der größten Frachtdampfer der Hamburg-Amerika-Linie.

Zum Untergang des Unterseebootes „A 7". Alle Versuche, das untergegangene Unterseeboot „A 7" wieder aufzufinden, sind bis Sonntagabend erfolglos geblieben. Der König von England hat von dem Deutschen Kaiser ein Telegramm erhalten, in dem der Kaiser seinen Schmerz ausdrückt über den Verlust an Menschenleben, den der Untergang des Unterseeboots verursacht hat, und seine Teilnahme mit den Angehörigen derjenigen, die dabei ums Leben gekommen sind. Der König hat Befehl erteilt, daß die Depesche den Marinebehörden in Plymouth mitgeteilt werde. — Großadmiral von Tirpitz, der Staatssekretär des Reichsmarineamtes, drückte dem Ersten Lord der englischen Marine durch ein Beileidstelegramm das Mitgefühl der deutschen Marine an dem schweren Unfall aus, der Erste Seelord Winston Churchill dankte durch ein Telegramm.

Der portugiesische Eisenbahnerstreik. Nach Madrider Blättermeldungen über den portugiesischen Eisenbahnerstreik kam es bei Mafra zwischen Ausständigen und Soldaten zu einem ernsten Zusammenstoß. Bei Oporto verhaftete die Polizei 34 Straßenräuber, welche das Eisenbahngleis zerstört hatten. Die Ausständigen haben durch Aufreißen der Schienen drei Eisenbahnzüge zum Entgleisen gebracht. Mehrere Reisende und Mannschaften der republikanischen Garde wurden verletzt. — Die auf den Dampfern aus Südamerika in Lissabon eingetroffenen Passagiere konnten infolge der portugiesischen Ausstandsbewegung nicht an Land gehen, sondern mußten ihre Reise nach spanischen Häfen fortsetzen.

General Picquart †. Aus Amiens kommt die Nachricht, daß General Picquart, der dort seit der Dreyfus-Affäre das Kommando des zweiten Armeekorps führte, Montag früh infolge eines Sturzes vom Pferde den Tod gefunden hat. Im Kabinett Clemenceau war Picquart Kriegsminister. General Picquart wurde 1854 in Straßburg geboren und kam 1886 als Hauptmann ins Kriegsministerium. Er wurde später an die Spitze des Informationsdienstes im Generalstabe berufen. Zur Zeit des Dreyfusprozesses war er Oberstleutnant.

Die Eruption in Südjapan. Nach einer Meldung aus Kagoschima war am 17. Januar eine ziemliche Beruhigung des Vulkans eingetreten, und man glaubte, daß die Gefahr vorüber sei. Infolgedessen kehrten viele bisher vermißte Flüchtlinge an ihre Wohnstätten zurück. Am Abend kam es aber zu neuen schrecklichen Eruptionen des Sakuraschima, die die ganze Nacht zu Sonntag andauerten. Viele Gebäude stürzten ein. Ein großer Teil der Einwohner, welche zurückgekehrt waren, flüchtete aufs neue in Panik. Der Wind trägt finstere Wolken von Staub und Asche aus dem Vulkan nach der Stadt Kagoschima.

